

# Markt, Wettbewerb und wirtschaftliche Effizienz : zur Grundsatzdiskussion in der SPS

Autor(en): **Baigger, Günter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **79 (2001)**

Heft 4

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341623>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Markt, Wettbewerb und wirtschaftliche Effizienz

Zur Grundsatzdiskussion in der SPS

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit ist es stiller um den Neoliberalismus geworden. Ein grosser Teil der Bevölkerung, aber auch ein Teil der bürgerlichen Politiker stehen Privati-

---

## Günter Baigger

---

sierungen inzwischen kritisch gegenüber. Dennoch gibt es zahlreiche Ökonomen und Politiker, welche uneingeschränkt an die Segnungen des Marktes glauben.

Solche Politiker finden sich auch in der SP. Beispielsweise hat Rudolf Strahm in seinem Papier «SP Schweiz: Situationsanalyse und Perspektiven einer Zukunftsstrategie» vom Januar/April 2001 eine verstärkte Ausrichtung auf den Markt gefordert. Die SP müsse ausserdem die Veränderung der Wählerstruktur zur Kenntnis nehmen und ihre Politik auf den Konsumenten anstatt auf den Arbeitnehmer ausrichten.

Die vorliegende Abhandlung setzt folgende Gegenthesen:

- Theoretische Überlegungen zeigen, dass der Markt nicht a priori effizient ist.
- Die Situation von angestellten Arbeitnehmer ist vergleichbar mit der Situation von Arbeitern.
- Die Orientierung am Konsumenten genügt nicht, die Politik zu definieren.

## Die Theorie des Marktes

Nach allgemeiner Überzeugung ist der Markt effizient, aber nicht gerecht. Die

Effizienz wird vielfach nicht empirisch begründet, sondern basiert auf einer einleuchtend scheinenden Theorie. Wer wollte in Frage stellen, dass am Markt nur effiziente Strukturen überleben können? Strahm stützt seine Darlegungen auf den österreichischen Ökonomen und Sozialdemokraten Schumpeter, auf den der Begriff der «schöpferischen Zerstörung» zurückgeht. Schumpeter hielt diese Art von Zerstörung für etwas Positives: Schlechte Unternehmen verschwinden vom Markt und machen effizienten Strukturen Platz.

Schumpeters Theorie mag in manchen Situationen zutreffen. Aber zahlreiche Beispiele vor allem aus jüngster Zeit zeigen, dass der Preis für die produktive Zerstörung an die Grenze des Zumutbaren geht und dass auch schlecht geführte Betriebe überleben. Apologeten des Marktes lassen dies aber nicht gelten.

Wenn eine Firma wie die Swissair vom Markt verschwindet, dann wird dies als Bestätigung der Effizienz des Marktes angesehen. Die Swissair sei eben ein schlechter Betrieb gewesen. Wenn hingegen andere schlechte Betriebe nicht vom Markt verschwinden, dann heisst es, dass diese Betriebe aufgrund der Effizienz des Marktes entgegen allem Anschein doch effizient seien. Armut in marktwirtschaftlichen Ländern wie in den USA oder in Ländern der Dritten Welt wird als vorübergehendes Problem angesehen, welches der Markt selbst, am besten ohne Eingriff von aussen (vom Staat), lösen werde.

**Der Bürger wird  
im Markt nicht  
im Sinne seiner  
Präferenz  
optimal mit  
Gütern versorgt.**

Es zeigt sich ein typisches Argumentationsmuster: Empirischen Beispielen, welche die Effizienz des Marktes in Frage stellen, wird eine Theorie entgegengesetzt. Dieses Argumentationsmuster erinnert an den Marxismus, welcher auf empirische Kritik ebenfalls mit einer Theorie (oder, wie man auch sagte, eine Ideologie) antwortete. Eine auf empirischen Beobachtungen basierende Kritik an der Marktwirtschaft wird somit unmöglich. Folgende Überlegungen sollen zeigen, dass die zugrunde liegende Theorie nur eine scheinbare Gültigkeit hat.

Zunächst ist festzustellen: Die Theorie Schumpeters (und vieler anderer ‚klassischer‘ Ökonomen) ist nicht nachvollziehbar. Begriffe wie produktiv, effizient, optimal müssen erst in eine quantifizierbare und prüfbar Form gebracht werden, bevor man Behauptungen formulieren kann. Die begrifflichen Lücken der klassischen Ökonomie wurden von mathematischen Ökonomen des 20. Jahrhunderts, vor allem von Arrow und Debreu, geschlossen. Ihre Theorie geht von Individuen aus, welche ihre Situation zu optimieren suchen. Dazu wird der Begriff «ökonomische Situation» (oder genauer die Menge aller möglichen ökonomischen Situationen) in eine nachvollziehbare, d. h. mathematische Form, gebracht. Ebenso werden der Präferenz- und der Optimalitätsbegriff präzisiert.

Üblicherweise wird das ökonomische Optimum durch das aus ethischer Sicht nicht unproblematische Pareto-Gleichgewicht<sup>1</sup> charakterisiert. Dieses Gleichgewicht hat u. a. folgende Eigenschaften:

- Die Märkte sind leergekauft.
- Kein Individuum kann sich verbessern, ohne die Situation eines anderen zu verschlechtern<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Nach dem italienischen Ökonomen Vilfredo Pareto.

<sup>2</sup> Eben letztere Eigenschaft des Pareto-Gleichgewichts ist bei Ethikern strittig.

Debreu hat gezeigt, dass ein Pareto-Gleichgewicht sowie ein Preissystem existiert, welches jedem gestattet, im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten ein für seine Präferenzen optimales Güterbündel zu kaufen. Im Gegensatz zu anderen Ökonomen und speziell zu Schumpeter hatte Debreu erkannt, dass die Existenz eines solchen Gleichgewichts nicht trivial ist.

Was in dieser Präzisierung der ökonomischen Theorie fehlt, ist der Wettbewerb: Im Debreu-Modell wird die Existenz des Gleichgewichtspreises aufgrund eines mathematischen Satzes bewiesen<sup>3</sup>. Es bleibt die Frage: Wird ein ökonomisches System durch Angebot und Nachfrage («unsichtbare Hand») ins Pareto-Gleichgewicht gesteuert? Die Antwort ist für marktwirtschaftlich orientierte Ökonomen und Politiker ernüchternd: Bis heute kennt man kein realistisches Modell, in welchem das Spiel von Angebot und Nachfrage ins Pareto-Gleichgewicht führt. Man kennt aber zahlreiche realistische Modelle, welche instabil sind und das Pareto-Gleichgewicht nicht erreichen. Die heute vorliegenden theoretischen Erkenntnisse liefern auf die Frage nach der Effizienz des Marktes somit eine negative Antwort. Der Bürger wird somit im Markt nicht im Sinne seiner Präferenzen optimal mit Gütern versorgt. Damit gerät Schumpeters Behauptung ins Wanken, Zerstörung am Markt sei produktiv; für wen denn nun eigentlich?

Konsequenzen ergeben sich daraus für viele praktische Diskussionen:

- Einwänden gegen Privatisierungen wird immer wieder mit der Theorie geantwortet, wonach Wettbewerb automatisch zu positiven Resultaten führe. Angesichts der geschilderten theoretischen Situation ist dieses Argument nicht gültig.

<sup>3</sup> Im Allgemeinen gibt es nicht einmal ein Berechnungsverfahren.

– Auch das eingangs geschilderte Argumentationsmuster verliert seine Gültigkeit: Bisher schliesst man aus der Optimalität der Marktwirtschaft, dass jede in einer Marktwirtschaft vorfindliche Güterallokation optimal sei. Jede Verarmung wird als Verbesserung umgedeutet. Wenn ein Gut – dazu gehört auch die Ware Arbeitskraft – am Markt nicht besteht, ist es überflüssig und muss verschwinden. Die Theorie, auf die man sich dabei stützt, ist aber nur scheinbar gültig. Ihre Funktion besteht lediglich darin, Mängel der Marktwirtschaft der Kritik zu entziehen.

Leider nehmen viele Ökonomen nicht zur Kenntnis, dass die Theorie keine Begründung für die Optimalität der Marktwirtschaft liefert. Sie sehen ihre Aufgabe vielmehr darin, die Bürger aufzufordern, «den Gürtel enger zu schnallen» und Deregulierungsschritte zu akzeptieren, welche sich langfristig auszahlen würden. Die Argumente der Experten richten sich auch gegen soziale und ökologische Anliegen der Sozialdemokraten, welche nicht marktkonform seien oder keine marktkonformen Hilfsmittel verwendeten. Die SP sollte dies zum Anlass eines Tabubruchs nehmen. Sie sollte sich vermehrt kritisch mit der herrschenden Ökonomie auseinandersetzen, im Gegensatz zur bisherigen politischen Praxis, wonach wissenschaftliche Resultate sakrosankt sind. Angesichts des heutigen unbefriedigenden Zustands der Ökonomie müssen die Politiker von Wissenschaftlern die nötige Rationalität einfordern.

### **Die Wählerstruktur der SP**

Nach Strahm hat die heutige wirtschaftliche Entwicklung die Wählerstruktur verändert. Die Zahl der «Arbeiter» nähme drastisch ab. Die SP müsse deshalb ihre Strategie grundlegend ändern und vermehrt die Mittelschicht<sup>4</sup> ansprechen. Dagegen gibt es mehrere Einwände:

1. Der Begriff des Arbeiters stammt aus dem Umfeld der marxistischen Theorie. Marx unterscheidet zwischen produktiver Arbeit und Dienstleistungen. Produktive Arbeit werde von Arbeitern ausgeführt und erhöht den Wert einer Ware, während Dienstleistungen von Angestellten ausgeführt würden und nichts zur Werterhöhung beitragen. Es gibt zwei Gründe, diese Unterscheidung zu verwerfen, und generell vom ArbeitnehmerInnen zu reden:
  - Zirkulations- und Produktions-sphäre lassen sich nicht gegeneinander abgrenzen (wo sind jene ArbeiterInnen anzusiedeln, welche in eine Maschine Öl einfüllen).
  - Der Unterscheidung liegt die Vorstellung zugrunde, dass Güter physikalisch fassbar sind. Für ökonomische Betrachtungen ist die physikalische Beschaffenheit von Gütern ohne Belang.
2. Die Praxis bestätigt: Angestellte stehen in einem ähnlichen Abhängigkeitsverhältnis wie Arbeiter. Der einzige Unterschied besteht in der unterschiedlichen Tradition: Vielfach sind Angestellte nicht organisiert. Sie halten es für besser, die Arbeitsbedingungen selbst mit ihrem Arbeitgeber auszuhandeln. Aber auch für Angestellte sind gewerkschaftsähnliche Institutionen entstanden, etwa der KV oder der Bankpersonalverband. Trotz Globalisierung, welche ja die Wirtschaft effizienter machen sollte, weist für viele Angestellte die Tendenz nach unten. Die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich. Als Kenner der Betriebe beobachten sie Misswirtschaft. Will man diese Angestellten ansprechen – im Sinne des Vorschlags von

<sup>4</sup> Strahm wendet sich in seinem Papier gegen das Besitzstandsdenken vieler SP-Mitglieder. Mit einem Kampf gegen das Besitzstandsdenken dürfte sich die SP bei einer Schicht, welche einen gewissen Wohlstand erreicht und einiges zu verlieren hat, kaum Freunde erwerben.

**Angesichts des heutigen unbefriedigenden Zustands der Ökonomie müssen die Politiker von Wissenschaftlern die nötige Rationalität einfordern.**

**Eine verstärkte  
ethische  
Orientierung und  
eine Hinwendung  
zum Markt sind  
unvereinbar. Eine  
Politik, die  
beides will, wird  
an ihren  
Widersprüchen  
scheitern.**

Strahm, die Politik vermehrt auf den Mittelstand ausrichten –, dann muss man die Interessen und Frustrationen der Angestellten ernst nehmen. Das Papier von Strahm, welches Interessen von Arbeitnehmern ausblendet, ist ein Schlag ins Gesicht der Angestellten.

3. Das Wählerverhalten zeigt, dass die bisherige sozialdemokratische Politik beim Wähler ankommt. Eine Politikänderung mit dem Zweck, dem Mittelstand zu gefallen, könnte das Gegenteil erreichen und den umworbenen Mittelstand sogar abstossen. Unklar bleibt bei Strahm die Konkretisierung einer Politikänderung. Grundsätzlich stehen zwei Möglichkeiten offen:
  - Belassen der Inhalte, aber Wahl einer für den Mittelstand eingängigeren Formulierung.
  - Änderung der Inhalte der PolitikStrahm äussert sich dazu widersprüchlich. Seine Ausführungen zu Markt und Wettbewerb legen eine Änderung der Politik nahe. Gleichzeitig stellt er eine Empfänglichkeit der Mittelschicht für «linke» Politik fest. Diese Formulierung scheint die erste Interpretation nahezulegen.
4. Die einzige politische Festlegung Strahms betrifft die ethische Orientierung. Der Rückgriff auf Ethik ist jedoch unklar: Die bisherige Politik der SP bestand gerade darin, sich für die Schwachen in der Gesellschaft einzusetzen. Wenn der Mittelstand sich in zunehmendem Ausmass der Linken zugewandt hat, welche anderen Gesichtspunkte als ethische haben dabei eine Rolle gespielt und welche anderen Argumente hat die SP vorgebracht? Der Mittelstand hat SP doch nur deshalb gewählt, weil er auch andere als die eigenen Interessen für gerechtfertigt hielt. Dies spricht aber für eine Beibehaltung der SP-Politik.

5. Strahms Hinwendung zu einer ethisch orientierten Politik erinnert an bürgerliche Postulate, wonach der Markt jedem die Freiheit biete, ethisch zu handeln. Eine ethische Orientierung gerät jedoch in Widerspruch zu einem wesentlichen Axiom der Marktwirtschaft: Alle ökonomischen Ansätze setzen für das Funktionieren des Marktes den «Homo Oeconomicus» voraus, welcher das einzige Ziel hat, den eigenen finanziellen Nutzen zu optimieren<sup>5</sup>. Eine verstärkte ethische Orientierung und eine Hinwendung zum Markt sind somit unvereinbar. Eine Politik, welche beides will, wird an ihren Widersprüchen scheitern.

### **Orientierung am Konsumenten**

Strahm schlägt vor, Arbeitnehmerinteressen durch Konsumenteninteressen zu ersetzen. Dazu Folgendes:

1. Die Tauschbeziehung ist grundsätzlich symmetrisch. Die Verkäufer-Kunden-Beziehung macht daraus eine asymmetrische Relation. Ein Teil ist König, und dies geht nur, wenn es einen zweiten Teil gibt, welcher die Rolle des Dieners spielt. Strahms Verständnis von Kunde suggeriert demgegenüber, jeder Bürger könne immer und überall König sein.
2. Strahms Ausführungen über eine ethische Orientierung legen die Vorstellung nahe, der Kunde könne und solle mit seinem Verhalten, die Wirtschaft zu steuern, etwa in eine ökologische oder soziale Richtung. Dieses Konzept dürfte kaum Erfolg haben: Nicht einmal sozialdemokratische und grüne Kreise machen bei ihren

<sup>5</sup> Das Postulat des «Homo Oeconomicus» tritt auch in Widerspruch zum Postulat der Effizienz. Ein Manager, welcher nur an seinen eigenen Nutzen denkt, wird seinen Vorteil auch auf Kosten der Firma suchen, welche ihn beschäftigt. Dafür hat die letzte Zeit genügend Beispiele geliefert.

Kaufentscheidungen Druck in Richtung auf eine ökologische Wirtschaft. Im Gegenteil: Viele verbringen ihre Ferien in Gegenden, wo keine Bahn- und Busverbindungen existieren, wohin sie nur mit Flugzeug oder Auto gelangen. Ein Wechsel der Feriendestination steht nicht zur Debatte. Manche fahren regelmässig zur Arbeit mit dem Auto, da ihr Arbeitsort nicht mit dem öffentlichen Verkehrsmittel erreichbar sei. Den Wohnsitz zu verlagern ist ausgeschlossen<sup>6</sup>. Ich will dieses Verhalten nicht kritisieren, festzuhalten ist jedoch, dass Appelle an KonsumentInnen nicht einmal in den eigenen Reihen etwas bewirken. Oder ist kein ethischer Anspruch gemeint? Geht es nur darum, KonsumentInnen vor schlechten Produkten zu schützen? Das Konzept vom Konsument ist so verwaschen, dass jeder das herauslesen kann, was ihm passt.

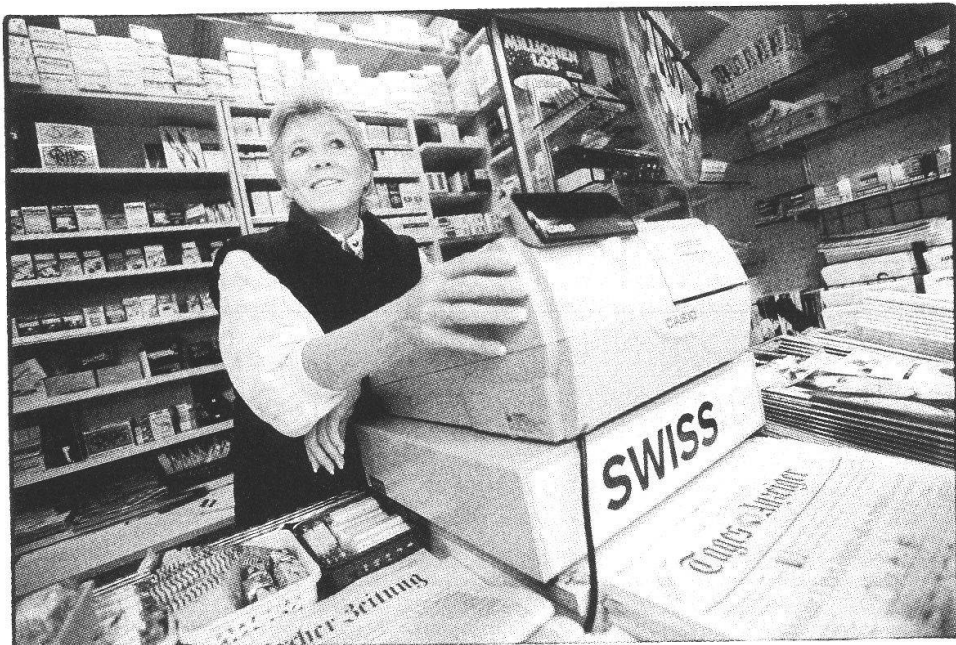
3. Den grössten Anteil seiner aktiven Zeit verbringen die meisten Bürger-

<sup>6</sup> Die auch von Strahm geforderte Flexibilität bei der Wahl des Arbeitsplatzes ist aus ökologischer Sicht problematisch, da Flexibilität neuen Verkehr erzeugt. Wer seinen Wohnort wegen der Arbeit wechselt, lässt am alten Arbeitsort Bekannte zurück, welche er immer wieder besuchen wird, und erzeugt damit zusätzlichen Verkehr.

Innen bei einer lohnabhängigen Beschäftigung, das heisst als ArbeitnehmerIn. Und hier wirkt sich die eingangs genannte Asymmetrie gerade so aus, dass der Bürger nicht König, sondern Diener ist. Der Arbeitnehmerstatus birgt so viele Abhängigkeiten in sich, dass der Bürger nur in seiner Freizeit, welche umso kleiner wird, je besser der Wettbewerb spielt (USA, Dritte Welt), kaum die Gelegenheit bekommt, Kunde und König zu sein.

Strahms Hinwendung zu bürgerlicher Politik ist für mich nicht nachvollziehbar. Die WählerInnen werden seine Politik nicht verstehen. Es besteht die Gefahr, dass sie entweder ihrer ursprünglichen Orientierung folgend weiterhin bürgerlich wählen oder die SP im Stich lassen werden.

Günter Baigger ist promovierter Mathematiker, lebt in Kriens und arbeitet als Versicherungsmathematiker. Sein Interesse gilt philosophischen Fragen sowie Fragen der Anwendung der Mathematik auf die Ökonomie.



Fotos: Susi Bodmer

